

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Pilz, Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend „Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik“

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß § 19 Absatz 2 GOG zum Thema "Aktuelle Perspektiven der österreichischen und europäischen Energiepolitik nach Fukushima"

Infolge der Atomkatastrophe von Fukushima hat die deutsche Bundesregierung beschlossen, die im Herbst beschlossene Verlängerung der Atomlaufzeiten für drei Monate auszusetzen. Das bedeutet keinen Atomausstieg Deutschlands, sondern lediglich eine 3-monatigen Aufschub der endgültigen Entscheidung.

Die deutsche Bundesregierung will die Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke weiterhin um durchschnittlich vierzehn Jahren verlängern. Dies wäre das Ende des deutschen Atomausstiegs. Gleichzeitig plant die deutsche Regierung eine dramatische Senkung des Schutzniveaus für Atomkraftwerke, die Sicherheitsstandards sollen heruntergeschraubt, alte AKW nicht mehr nachgerüstet werden.

Der Atomplan der Regierung Merkel ist ein umwelt-, energie- und sicherheitspolitisches Fiasko. Er erhöht das Unfallrisiko dramatisch, ist energiepolitisch sinnlos und sicherheitspolitischer Wahnwitz. Keines der deutschen AKW ist gegen Flugzeugabstürze und Terroranschläge geschützt. Laufzeitverlängerung und Senkung der Sicherheitsstandards haben nur einen Zweck: zusätzliche Milliardengewinne für die deutschen Atomkonzerne. Sechs bis sieben Mrd. Euro jährlich bzw. insgesamt mehr als 100 Mrd. Euro würden die Atomkonzerne abkassieren.

**Der Fall „Schüssel“.** In Österreich schweigen Bundeskanzler und Vizekanzler. Der Grund dafür: In Deutschland mischt ein Österreicher kräftig mit bei den deutschen Atomplänen: Wolfgang Schüssel. Schüssel sitzt seit April 2010 im Aufsichtsrat des deutschen Energieriesen und Atomkonzerns RWE. RWE betreibt 5 Atomkraftwerke (2 Blöcke Grundremmingen, 2 Blöcke Biblis, 1 Block Emsland) und ist der Scharfmacher in der aktuellen Debatte, den deutschen Atomausstieg rückgängig zu machen. Die zwei AKW in Biblis würden 2011 bzw. 2012 vom Netz gehen, wenn es beim Atomausstieg bleibt.

Schüssel muss von den deutschen Atomplänen gewusst haben, bevor diese öffentlich wurden. Er hat geschwiegen und nicht gehandelt. Die nicht zuletzt, weil er persönlich Geld kassiert, wenn die deutschen AKW länger am Netz bleiben.

Schüssel ist wie alle Aufsichtsräte der RWE gewinnbeteiligt: Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres für ihre Tätigkeit eine **Festvergütung von 40.000 Euro**. Zusätzlich erhöht sich die Vergütung der RWE-Aufsichtsratsmitglieder für jeden Cent Gewinnanteil, der über einen

Gewinnanteil von 10 Cent hinaus je Stammaktie ausgeschüttet wird, automatisch um 225 €. **Jahresgagen von mehr als 200.000 Euro** sind daher für RWE-Aufsichtsratsmitglieder üblich. Die RWE-Gewinne würden durch die deutschen Atompläne kräftig steigen. **Schüssel und seine Aufsichtsratskollegen dürften künftig mit Jahresgagen jenseits der 300.000 Euro rechnen.**

Nimmt die Regierung seiner Parteifreundin Angela Merkel den Atomausstieg zurück, profitiert Schüssel also persönlich. Das ist ein schwerer Verrat an der österreichischen Anti-AKW-Haltung, ein glatter Bruch des österreichischen Anti-Atomkonsens und fügt der Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atompolitik auf europäischer Ebene schweren Schaden zu.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Schaden an der Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atompolitik zu minimieren, den der ehemalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel aufgrund seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat des Atomkonzerns RWE zu verantworten hat."

*Alfons Gassner* *Reinhold*  
*E. G. R.* *Wagner* *RS*